



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn  
Björn Simon  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Dr. Philipp Nimmermann**  
Staatssekretär

Scharnhorststr. 34-37  
10115 Berlin

Postanschrift:  
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-6970

BUERO-ST-N@bmwk.bund.de

www.bmwk.de

## **Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat September 2023** **Frage Nr. 9/075**

Berlin, 12. September 2023

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

### **Frage:**

**Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bezüglich des für Windparkbetreiber in der Nord- und Ostsee vorgeschriebenen Konzeptes zur Notfallrettung durch Hubschrauberanbieter unterstützend tätig zu werden, beispielsweise in Form einer Ausschreibung dieser Leistung für mehrere Wettbewerber, nachdem einer der bisher zwei tätigen Hubschrauberanbieter Insolvenz angemeldet hat und es nun nur noch einen alleinigen Leistungserbringer gibt, und falls nein, warum nicht (<https://www.borkumer-zeitung.de/artikel/1329681/Uebernahme-von-Wiking-Helikopter-durch-NHC-ist-vollzogen>)?**

### **Antwort:**

Die Zuständigkeit für die Notfallrettung im Zusammenhang mit Offshore-Windparks – sowohl im Küstenmeer als auch in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) – liegt nach Rechtsauffassung der Bundesregierung nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Die Problematik betrifft insbesondere die Offshore-Windparks in der AWZ. In der deutschen AWZ



Seite 2 von 2

gilt die föderale Kompetenzordnung des Grundgesetzes. Der Rettungsdienst fällt nach Auffassung der Bundesregierung als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr in die ausschließliche Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz der Länder.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis davon, dass nach der beschriebenen Insolvenz eines Hubschrauberanbieters die Rettung nicht mehr gesichert sein könnte. Grundsätzlich tragen die Betreiber der Offshore-Anlagen die Verantwortung für die Offshore-Rettung.

Da das Erreichen der Ausbauziele im Bereich Offshore-Windenergie für die Bundesregierung von großer Bedeutung und Wichtigkeit ist, steht die Bundesregierung zu diesem Thema im Austausch mit den Küsten-Bundesländern – auch auf Staatssekretärebene.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Nimmermann